

# Grüne setzen auf umstrittene Ökobilanz

**ABSTIMMUNG** Das Konzept des ökologischen Fussabdrucks ist kontrovers. Trotzdem spielt es eine zentrale Rolle in der Initiative «Grüne Wirtschaft». Nun gibt es Kritik.

ROGER BRAUN  
roger.braun@luzernerzeitung.ch

Es ist der Kern der Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»: das Ziel, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf eine Erde zu reduzieren (siehe Box unten). Doch während der Begriff des Fussabdrucks populär ist, weiss kaum jemand, was es damit im Detail genau auf sich hat.

Die Grundidee ist einfach: Die Weltbevölkerung kann nicht mehr Ressourcen konsumieren, als die Natur hergibt. Ein Beispiel: Wenn in einem Wald pro Jahr 10 000 Kubikmeter Holz nachwach-

 **25. September 2016**  
**Abstimmungen**

sen, können langfristig nur 10 000 Kubikmeter pro Jahr abgeholzt werden. Nutzt die Bevölkerung mehr Holz als nachwächst, lebt die Welt auf Kosten der nachfolgenden Generationen. In diesem Sinne ist der Fussabdruck ein Mass für die Überbeanspruchung der Ressourcen.

## Schweiz lebt über Verhältnissen

So einfach das Grundprinzip klingt, so vertrackt ist die Berechnung. Verantwortlich dafür ist die US-Organisation Global Footprint Network, die vom Schweizer Ingenieur und Konzepterfinder Mathis Wackernagel geleitet wird. Die errechneten Werte sind Besorgnis erregend: Während die verfügbaren Land- und Wasserflächen (Biokapazität) 1,8 Hektaren pro Person betragen, ist die in Anspruch genommene Fläche (ökologischer Fussabdruck) weit grösser. Sie beträgt 2,7 Hektaren pro Kopf. Die Welt lebt also deutlich über ihren Verhältnissen.

Noch gravierender sieht es aus, wenn man die Schweiz isoliert betrachtet (siehe Grafik). Einer Biokapazität von 1,2 Hektaren pro Kopf steht ein ökologischer Fussabdruck von 5,0 gegenüber. Das heisst, dass der Flächenverbrauch um den Faktor vier sinken muss, um das Gleichgewicht innerhalb der Schweiz zu wahren. So weit geht die Initiative nicht. Sie geht davon aus, dass jeder Weltenbürger das Anrecht auf gleich viele Ressourcen hat. Sie stellt also den ökologischen Fussabdruck der Schweiz (5,0) der globalen Biokapazität (1,8) gegenüber. Damit ergibt sich ein Faktor von 2,8. Dies bedeutet, dass die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch bis 2050 fast dritteln muss, um das anvisierte Ziel zu erreichen.

## Unvollständiges Messinstrument

Die Gegner der Initiative «Grüne Wirtschaft» halten dies für nicht machbar. Die Einschränkungen des heutigen Lebensstils seien zu gross. Andere Kritiker argumentieren grundsätzlicher: Sie halten das Konzept des ökologischen Fussabdrucks für unbrauchbar. Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas zum Beispiel sagt: «Der ökologische Fuss-



Das heisst, die Menschheit könnte den gesamten Vorrat an Kupfer, Phosphor oder Seltenen Erden innerhalb der nächsten fünf Jahre verbrauchen, ohne dass dies nennenswerte Auswirkungen auf den ökologischen Fussabdruck hätte. Genauso unberücksichtigt bleibt die Luft- und Wasserverschmutzung.

• **Überbewertung des CO<sub>2</sub>:** Der ökologische Fussabdruck der Menschheit wird massgeblich am Ausstoss von Kohlendioxid gemessen. Kritiker sagen, dass es viel einfacher und transparenter wäre, direkt beim Ausstoss von Kohlendioxid anzusetzen, anstatt sich mit der hochkomplexen Berechnung des ökologischen Fussabdrucks zu beschäftigen.

• **Falsche Umweltanreize:** Der ökologische Fussabdruck misst in erster Linie die Produktivität der Flächen und nicht die Umweltbelastung. Dies hat gerade für die Grüne Partei paradoxe Auswirkungen. Eine intensivere Landwirtschaft mit hohem Einsatz von Dünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie gentechnisch veränderten Pflanzen erhöht die Produktivität und reduziert damit den Fussabdruck. Die Bilanz für die ökologische Landwirtschaft fällt dagegen negativer aus. Auch bemerkenswert: Die Atomenergie schneidet in der Ökobilanz ausgezeichnet ab, weil die Kernspaltung kein Kohlendioxid freisetzt.

## «Kleinsten gemeinsamen Nenner»

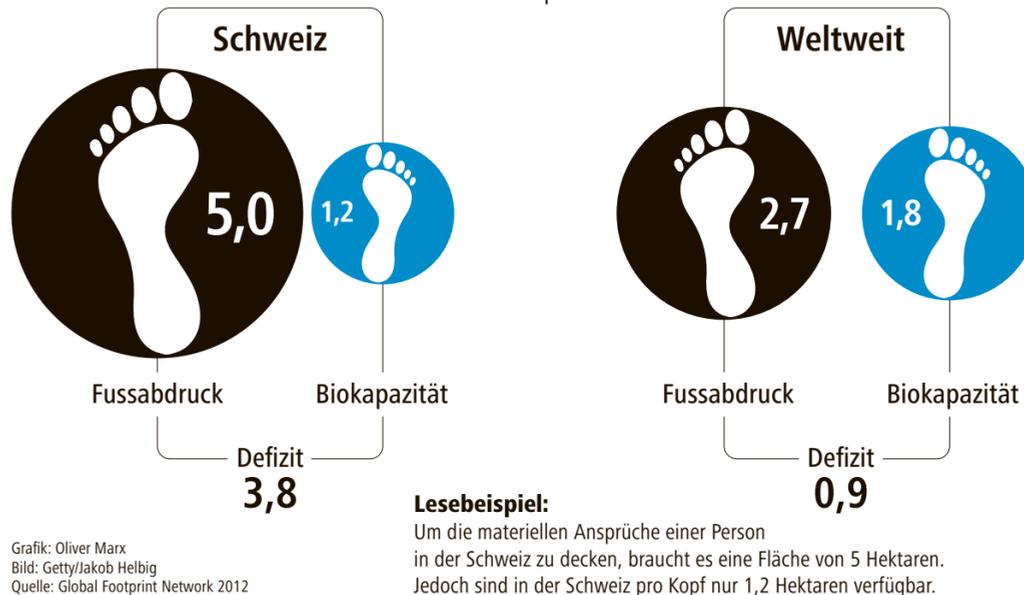
Der grüne Zürcher Nationalrat Bastien Girod räumt ein, dass der ökologische Fussabdruck nicht perfekt sei. «Doch es ist der kleinste gemeinsame Nenner unter den Messinstrumenten, den nicht nur wir Grünen als Richtschnur benutzen, sondern auch der Bundesrat im Masterplan Cleantech oder Firmen wie Ikea, Nestlé oder Syngenta.» Girod macht den Vergleich mit dem Bruttoinlandprodukt (BIP). «Genauso wenig, wie das BIP den Wohlstand in allen Facetten abbildet, kann dies auch der ökologische Fussabdruck.»

Candinas staunt über diese Worte. «Einerseits machen die Grünen Stimmung für ihre Initiative, indem sie das Recycling und das Schliessen der Stoffkreisläufe anpreisen, andererseits wird der Verbrauch nicht erneuerbarer Energien vom Fussabdruck nicht erfasst», sagt er. «Das passt nicht zusammen.» Girod verteidigt sich: «Der Initiativtext sagt unabhängig vom Konzept des ökologischen Fussabdrucks, dass die Kreislaufwirtschaft gefördert werden soll. Ausserdem verursacht die Gewinnung von Metallen wie Kupfer, Phosphor oder Seltenen Erden CO<sub>2</sub>, was den Fussabdruck erhöht.» Girod hält weiter fest, dass das Konzept des ökologischen Fussabdrucks nicht mit dem Programm der Grünen Partei gleichgesetzt werden dürfe. Natürlich gehe das Messinstrument nicht alle Probleme gleichzeitig an. «Darum setzen wir Grünen uns daneben für den Atomausstieg ein.» Auch sei es zweifelhaft, dass die ökologische Landwirtschaft wirklich so schlecht abschneide, «denn die Produktion von Dünger und Pestiziden braucht viele Energie, und auf lange Sicht zerstört eine intensive Landwirtschaft die Böden.»

Für Candinas ändert das nichts an seiner Überzeugung, dass die Initiative lückenhaft ist. «Der Fussabdruck misst einzig den Landverbrauch und den Ausstoss von Kohlendioxid – so lässt sich keine vernünftige Umweltpolitik machen.»

## Ökologischer Fussabdruck

in Hektaren pro Einwohner



abdruck hat nichts in der Verfassung verloren, denn er ist voller Lücken.» Die Kritik am Konzept ist nicht neu, aber erhält mit der Initiative, die am 25. September zur Abstimmung steht, eine neue Dringlichkeit.

Wer die Kritikpunkte verstehen will, muss zuerst die Methode kennen. Die Berechnung der Biokapazität pro Kopf ist noch relativ einfach zu begreifen. Je

mehr produktive Flächen pro Person zur Verfügung stehen, desto grösser ist dieser Wert. Komplizierter wird es beim ökologischen Fussabdruck. Dieser misst die Fläche, die für die Produktion von Kleidung, Nahrung und Bereitstellung von Energie benötigt wird. Er wird über den Konsum der jeweiligen Güter ermittelt. Hinzu rechnet das Global Footprint Network auch die Fläche, die zum Binden

des freigesetzten Kohlendioxids benötigt wird. Gegen drei Viertel der benötigten Flächen werden diesem Zweck zugeführt.

## Pro Atomkraft und pro Gentechnik

Die Kritik an der Methode lässt sich grob in drei Kategorien einteilen:

• **Unvollständig:** Nicht erneuerbare Materialien werden nicht berücksichtigt.

## Bundesrat bevorzugt weniger radikale Massnahmen

**INITIATIVE** sda. Die Initiative «Grüne Wirtschaft» will aus Sicht des Bundesrates zu viel in zu kurzer Zeit. Das sagte Umweltministerin Doris Leuthard gestern. Sie trat mit Parlamentariern und Wirtschaftsvertretern vor die Medien, um die Haltung des Bundesrates darzulegen. Noch vor kurzem waren sich die Gegner gar nicht einig: Leuthard wollte das Anliegen der Initiative aufgreifen und im Umweltschutzgesetz Regeln für mehr Ressourceneffizienz verankern. Sie scheiterte aber im Parlament, die Wirtschaft hatte sich dagegengestellt. Trotzdem warnte Leuthard nun vor Schaden für die Wirtschaft, sollte das Stimmvolk der Initiative der Grünen am 25. September zustimmen.

Deren Thema ist die Umweltbelastung. Würde die gesamte Erdbevölkerung

so viele natürliche Ressourcen verbrauchen wie die Schweizer Bevölkerung, bräuchte es rund drei Erden, um den Bedarf zu decken. Die Initianten verlangen, dass die Schweiz den ökologischen Fussabdruck bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduziert. Bei einem Ja müsste der Bund Zwischenziele festlegen. Würden diese nicht erreicht, müsste das Gesetz geändert werden. Der Bund könnte etwa Vorschriften für Produktionsprozesse erlassen oder Lenkungssteuern erheben.

## Schrittweise und freiwillig

Das Anliegen hält Leuthard nach wie vor für richtig. Die Belastungsgrenzen der Erde würden überschritten, das zeige sich zum Beispiel am Klimawandel. «Weiter wie bisher ist

## «Freipass für Dirigismus»

Ein Ja zur Initiative würde laut Leuthard hohe Kosten verursachen und zu steigenden Preisen führen. Im Namen des Bundesrates warnte sie vor einem abrupten Strukturwandel, der die Wettbewerbsfähigkeit und das

Wachstum eines Teils der Schweizer Wirtschaft gefährden würde.

Rolf Soiron, Lonza-Verwaltungsratspräsident und ehemaliger Holcim-Verwaltungsratspräsident, wählte deutlichere Worte. Er sprach von Einschränkungen bei Ernährung, Wohnen und Mobilität. Ein Ja wäre ein «Freipass für Dirigismus» und ein «Turbo für Regulierungen», sagte Soiron. Es drohe die wirtschaftliche Isolation. «Und wofür eigentlich?», fragte er. Auf den globalen Ressourcenverbrauch hätten die Anstrengungen in der Schweiz einen minimalen Einfluss.

## «Linke Planwirtschaft»

Soiron gab weiter zu bedenken, dass ein grosser Teil der durch die Schweiz verursachten Umweltbelastung im

Ausland anfallt. Offen sei, ob bei einer Annahme der Initiative die Reduktion der Belastung im Ausland angerechnet werden könnte, so Soiron. Wäre diese nicht anrechenbar, wäre das «suizidal», sagte er. Sie anzurechnen, wäre anmassend.

Auch der Luzerner FDP-Nationalrat und Gebäudetechnik-Unternehmer Peter Schilliger befürchtet «verheerende» Auswirkungen für den Werkplatz. Ein Ja zur Initiative würde auf eine «linke Planwirtschaft» mit staatlichen Ressourcenkontrollen hinauslaufen, sagte er. Soiron, Schilliger sowie der Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet betonten, dass die Unternehmen sich bereits engagierten. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch habe begonnen.